

Antragsbereich W / Antrag 2

Antragsteller: UB Nürnberg

Empfänger: Bundesparteitag, Landesparteitag

W2: Neugestaltung und Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Um die Schere zwischen Arm und Reich abzubauen und eine langfristig verbesserte soziale Gerechtigkeit zu erreichen, setzt sich die SPD im Bund (Fraktion und PV) für eine **Wiedereinführung der Vermögenssteuer** in neuer Form ein.

5

Dafür soll:

10 1. die neue Vermögenssteuer durch Grundgesetzänderung künftig eine Bundessteuer sein, die dem Bund zufließt.

15 1. die Grundlage der Besteuerung für Immobilien, entsprechend der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, künftig der Verkehrswert der Immobilien sein.

20

1. Die Vermögenssteuer soll erst ab 2 Millionen Euro Vermögen erhoben werden.

25

1. Es soll eine Kommission eingesetzt werden die die Problematik Betriebsvermögen/Privatvermögen klärt.

30

Begründung

Vergleichbare westliche Länder erheben die Vermögenssteuer in nicht unerheblicher Höhe, USA z.B. 3,2 % und GB 2,0%. Die Vermögenssteuer würde gerechter allen Bundesländern zufließen und nicht nur in die Länder,

**Überweisung
an nächsten
Landespartei-
tag**

35 in denen sich die Reichen niederlassen. Das Wielandgutachten von ver.di vom November 2003 zeigt den Weg zur Wiedereinführung und die nötigen Freigrenzen Auf- und Abstufungen dazu.